

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Brüsseler Nachlese

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1963) : Brüsseler Nachlese, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 2, pp. 56

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/133280>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Brüsseler Nachlese

Das Scheitern der Brüsseler Verhandlungen hat Großbritannien enttäuscht, ernüchtert, aber auch beruhigt. Enttäuscht insofern, als nun der so dringend nötige Ansporn zu intensivem Wettbewerb innerhalb des Gemeinsamen Marktes ausbleibt, ernüchtert, indem Englands prekäre „Sonderstellung“ zwischen Europa und Übersee besonders kraß demonstriert wurde, und beruhigt, weil dem Lande nun die schwere Partnerwahl erspart und Zweifeln und Ungewißheit ein Ende gesetzt wurde.

Rege Diplomatie in England

Der Anschluß an die Wirtschaftsgemeinschaft war — und ist auch heute noch — für Großbritannien wirtschaftlich attraktiv, aber politisch bedenklich oder zumindest verfrüht. Es hätte deshalb nicht überrascht, wenn man nach dem brüskten Abbruch alle Energien auf das wirtschaftliche Gebiet konzentriert und in der politischen Sphäre zunächst eine Beruhigungspause eingeschaltet hätte. Statt dessen hat die britische Regierung aber sofort eine rege diplomatische Tätigkeit entfaltet, um mit den fünf „anderen“ und natürlich auch mit den USA, dem Commonwealth und den übrigen EFTA-Ländern in „Führung zu bleiben“; denn bei allen Extratouren des einen oder anderen Partners hängt der politische und diplomatische Erfolg des Westens und letztlich selbst die Existenz aller Staaten Europas von seiner unbedingten Einheit ab. Ressentiments spielen in der englischen Politik nie eine Rolle, und man will in London vor allem keine Risse im Atlantischen Bündnis entstehen lassen.

Beruhigende Wirtschaftsprognosen

Solche diplomatische Führungsnahme kann aber nur als Notbehelf gelten. Schließlich hängt Großbritanniens Stellung in der Welt und in Europa von seiner wirtschaftlichen Stärke ab, und man weiß in London nur zu gut, daß hier viel zu tun und nachzuholen ist. An Möglichkeiten für tatkräftiges Handeln fehlt es nicht. Die vorhandenen Arbeits- und Kapazitätsreserven erlauben eine schnelle und be-

trächtliche Produktionssteigerung, und die ersten, vorerst bescheidenen Schritte zur Intensivierung der Wirtschaftstätigkeit sind getan.

Die Währungslage bleibt prekär, doch sollte die erprobte Zusammenarbeit mit anderen Zentralbanken etwaige Probleme lösen helfen; der erste Schock nach dem Bruch in Brüssel wurde ohne Schwierigkeiten überwunden. Die Verfassung des Kapitalmarktes und der Staatsfinanzen gestattet ein großzügiges Budget und fiskalische Reformen, für die auch politische Erwägungen sprechen; die Subventionen für die Landwirtschaft zum Beispiel müssen und können abgebaut werden.

Kein vierter Wirtschaftsblock!

Im Außenhandel hatten gerade die aktivsten und leistungsfähigsten Wirtschaftszweige ihre Pläne auf enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsgemeinschaft abgestellt. Insoweit diese Pläne Produktions- und Montagestätten auf dem Kontinent vorsahen, wird der Abbruch der Verhandlungen sie kaum einträchtigen; man fürchtet in England eher, daß Fabrikationsverlagerungen auf den Kontinent zu übermäßiger Kapitalabwanderung führen könnten, besonders seitens amerikanischer Unternehmen, die Fabriken in England durch kontinentale Aufträge auslasten. In einigen der am schnellsten wachsenden Industriezweige, zum Beispiel in der Chemie, ist aber schon seit einiger Zeit sowohl bei britischen als auch bei kontinentalen Konzernen eine Tendenz zu beobachten, Fabrikationsmöglichkeiten in den Entwicklungsländern mehr Aufmerksamkeit zu widmen. In dem Maße, wie sich das Wachstumstempo in Europa verlangsamt, schenkt man Investitionsvorhaben außerhalb Europas mehr Beachtung.

Wenn sich die Wirtschaftsgemeinschaft, wie manche Beobachter in England für wahrscheinlich halten, in Richtung auf eine hochprotektionistische Zollunion entwickelt, werden die anderen Mitglieder der Freihandelszone und des Commonwealth stärker als bisher auf den

englischen Markt angewiesen sein. Einer solchen Entwicklung würde man aber in England mit gemischten Gefühlen entgegensehen, denn die britische Wirtschaft braucht den Welthandel und wünscht keinesfalls, einen vierten Wirtschaftsblock neben den USA, dem Gemeinsamen Markt und seinem kommunistischen Gegenstück zu bilden. Andererseits schätzt man in England als ein bedeutsames Faktum, daß der Verlauf der Brüsseler Verhandlungen die weitgehende Parallelität der Interessen des Commonwealth und der Freihandelszone mit denen Englands offenbarte.

Keine Alternative, sondern Ergänzungen

Eine Bereinigung der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern erscheint dringend erforderlich, wie überhaupt das Mißverhältnis zwischen Rohstoff- und Fertigwarenpreisen auf dem Weltmarkt auf die Dauer nicht einfach ignoriert werden kann. Die Lösung dieser Probleme hätte England lieber als Mitglied der Wirtschaftsgemeinschaft in Angriff genommen. Unter den gegenwärtigen Umständen wird viel von der Haltung der Wirtschaftsblöcke auf den beiden Seiten des Nordatlantik abhängen und insbesondere von ihrer Bereitschaft, den Blick nach außen zu richten.

England sieht sich nun — keineswegs ungerne — in der Rolle des Streiters für einen freien Handel und in der des Beschützers der überseeischen Weltmarktversorger mit Lebensmitteln und Rohstoffen bestätigt. In dieser Hinsicht decken sich die britischen Interessen voll auf mit denen der Überseeländer. Die Tatsache der gegenseitigen Abhängigkeit, die England in seiner Verteidigungspolitik eine Stellung zwischen den USA und Kontinentaleuropa aufzwingt, fordert von ihm in der Wirtschaftspolitik mit gleicher Logik eine Mittlerstelle zwischen dem Commonwealth und dem Gemeinsamen Markt. Der Abbruch der Brüsseler Verhandlungen hat diese Notwendigkeit nur noch unterstrichen. (A)